

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

**JOHN F. KENNEDY-INSTITUT
FÜR NORDAMERIKASTUDIEN**

ABTEILUNG FÜR WIRTSCHAFT

Working Paper No. 62/1993

Felicitas Nowak-Lehmann D.

Die wirtschaftliche Entwicklung

der USA seit 1945:

Stationen der US-Wirtschaftspolitik



Copyright © 1993 by Felicitas Nowak-Lehmann D.

**John F. Kennedy-Institut
für Nordamerikastudien
der Freien Universität Berlin**

Die wirtschaftliche Entwicklung der USA seit 1945: Stationen der US-Wirtschaftspolitik

Felicitas Nowak-Lehmann D.

1. Überblick: Die wichtigsten Ereignisse und Trends der letzten 45 Jahre

1945 waren die USA die Nummer 1 in der Weltwirtschaft. Ihr Anteil an der Weltproduktion betrug 1950 ca. 50% und ihr Anteil am Weltexport betrug im selben Jahr ca. 17% (UNCTAD 1988, S. 2, eigene Berechnung)¹.

Über die Marshallplanhilfe und ihr Eintreten für Handelsliberalisierung versuchten die USA, den Wiederaufbau der zerstörten westeuropäischen Volkswirtschaften in den ersten beiden Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg zu beschleunigen. Die USA versorgten in dieser Zeit durch ihre Zahlungsbilanzdefizite die westliche Welt mit Liquidität und übernahmen die Rolle einer Konjunkturlokomotive. Im Zeitraum 1945-64 vervierfachten sich die US-Importe, während sich die US-Exporte "nur" verdoppelten (Thompson 1984, S.29).

Ende der 60-er / Anfang der 70-er Jahre nahmen dann die US-Zahlungsbilanzdefizite so stark zu, daß das Bretton Woods System, ein System fester Wechselkurse mit dem Dollar als Leit- und Reservewährung, ein Golddollarstandard, Risse bekam. Obwohl die Wechselkursparitäten daraufhin mehrmals neu festgesetzt wurden, brach das Bretton Woods System 1973 auseinander und machte einem System flexibler Wechselkurse Platz. Der US-\$ schwankte daraufhin mehr oder weniger frei - je nach Lage auf dem Devisenmarkt: Der Dollar wertete sich in den Zeiträumen

¹ 1953 betrug der Anteil des US-Bruttosozialprodukts am Weltbruttosozialprodukt 53.4% (UNCTAD 1967, Table 4.2, S. 111-114, eigene Berechnung)

1973-81 und 1985-1993 ab und im Zeitraum 1981-85 auf. Die Störungen des externen Gleichgewichts wurden in der US-Wirtschaft zu Beginn der 70-er Jahre verschärft, als -nach der US-Kapitalbilanz- auch die US-Handelsbilanz defizitär wurde mit der Folge, daß auch das US-Zahlungsbilanzdefizit stark anstieg (Vgl. IMF International Financial Statistics (IFS) Yearbook 1979, S. 428-429 und IFS Yearbook 1992, S. 720-721). Maßnahmen gegen Kapitalflucht wurden ergriffen, um die Kapitalbilanz zu aktivieren (Campagna 1987, S. 284-285). Die seit dem 2. Weltkrieg auf Freihandel bedachte US-Handelspolitik der USA wurde parallel dazu protektionistischer, und zwar relativ unabhängig von der jeweiligen Regierung. Nicht-tarifäre Maßnahmen zum Schutz gegen Importe, sogenannte "freiwillige" Exportbeschränkungen wurden ausgehandelt. Bei diesen freiwilligen Exportbeschränkungen handelt es sich um bilaterale Vereinbarungen zur Regulierung/Reduzierung von Importen, die im Grunde genommen nicht freiwillig, sondern unfreiwillig, d.h. auf Druck/Drohung hin zustandekommen. Die bekanntesten freiwilligen Exportbeschränkungen betreffen den: Textil-, Stahl-, Automobil-, Maschinenbau- und Computerchipbereich. In der jüngeren Vergangenheit (den letzten 10-20 Jahren) wandelten sich die USA von Anhängern des "free trade" zu Anhängern des "fair trade", indem sie konsequent und unnachgiebig unfaire Handelspraktiken des Auslands mit Gegenmaßnahmen beantworteten (Pearson 1989, S. 72-73; Koopmann 1992, S.32-41).

Binnenwirtschaftlich herrschte die ersten beiden Jahrzehnte nach dem 2. Weltkrieg in den USA im großen und ganzen ökonomische Stabilität. In den 70-er Jahren setzte in der US-Wirtschaft erstmals Stagflation ein. Die bisherige fiskal- und geldpolitische Mischung zur Herstellung des internen Gleichgewichts versagte. Neue wirtschaftspolitische Konzepte wie der Monetarismus und

die Angebotspolitik wurden ausprobiert.

In den folgenden Kapiteln 2 und 3 werden die wichtigsten Entwicklungen und Trends in der US-Makropolitik und der US-Handelspolitik genauer dargestellt werden.

2. Entwicklungen und Trends der US-Makropolitik

a. Die Präsidentschaften von Truman/Eisenhower/Kennedy und Johnson: Die Zeit von 1945-1968:

Die Zeit von 1945 bis zum Ende der 60-er Jahre war für die USA aus heutiger Sicht eine Zeit ökonomischer Stabilität, zumindest in dem Sinne, daß das interne Gleichgewicht, gekennzeichnet durch Preisniveaustabilität und Vollbeschäftigung, im großen und ganzen gewahrt blieb.

Aus damaliger Sicht allerdings erforderten die Schwankungen im Konjunkturzyklus wirtschaftspolitische Gegenmaßnahmen.

Die Inflation bereitete den Administrationen immer wieder große Sorge. Die relativ schwere Nachkriegsinflation unter Truman zwischen 1946 und 1948 wurde mit heterodoxen Mitteln² und nicht mit geldpolitischen Maßnahmen des Federal Reserve Systems bekämpft. Das sogenannte Office of Price Administration, Teil der Exekutive, ordnete Lohn- und Preiskontrollen zur Überwindung der Inflation an (Campagna 1987, S.199). Die FED befand sich bis zum Jahr 1951 in einer sehr schwachen Position. Sie mußte die Zinsen für öffentliche Anleihen stabil halten, und konnte somit über den Zins nicht das Preisniveau kontrollieren. Auch unter Kennedy stand die Geldpolitik in der Pflicht der Regierung. Die Geldpolitik hatte die Aufgabe, die Fiskalpolitik zu akkom-

2 Eine heterodoxe Inflationsbekämpfung erfolgt nicht mittels einer restriktiven Geld- und Fiskalpolitik, sondern über Lohn- und Preiskontrollen und die Indexierung von Löhnen und Gehältern.

modieren. Zur Stabilhaltung der Preise, die während der wirtschaftlichen Erholung ab 1961 zu steigen drohten, wurde das sog. guidepost-Konzept³ empfohlen, nach welchem die Löhne lediglich genauso stark steigen sollten wie die Arbeitsproduktivität (Campagna 1987, S. 293). Unter Johnson versagte die guidepost-Politik allerdings. Eine restriktive Geldpolitik sorgte in dieser Zeit für die Stabilhaltung der Preise.

Die ersten Nachkriegsrezessionen der Jahre 1948/49, 1953/54 und 1957/58 wurden unter Truman und Eisenhower, die beide noch Verfechter des fiskalischen Konservatismus⁴ waren, im Grunde genommen nicht bewußt keynesianisch bekämpft, obwohl die Ideen der antizyklischen Fiskalpolitik, des deficit spending, unter Ökonomen zu dieser Zeit bereits viele Anhänger gefunden hatten. Dennoch wurden die Rezessionen immer wieder gleichsam keynesianisch überwunden, und zwar durch den unbewußten Einsatz bzw. den von außen diktierten Einsatz keynesianischer Instrumente, in Form von Staatsausgabenerhöhungen. Truman erhöhte im Jahr 1952 die Verteidigungsausgaben wegen des Kalten Kriegs und des Korea Kriegs und auch die Ausgaben für Internationale Angelegenheiten. Unter Eisenhower stiegen 1957 sowohl die Verteidigungsausgaben als auch die Forschungs-, Entwicklungs- und Bildungsausgaben als Reaktion auf den Sputnik-Schock. Erst unter John F. Kennedy und Johnson wurde aufgrund der Empfehlung ihrer wirtschaftspolitischen Berater, zu denen Paul Samuelson und Kenneth Galbraith zählten, bewußt deficit spending bzw. antizyklische Fiskalpolitik betrieben. Im Rahmen der antizyklischen Fiskalpolitik wurden Verteidigungsausgaben, aber auch Ausgaben für Sozialprogramme, die dem "War on Poverty" dienten, erhöht und von Kennedy initiierte,

3 Das guidepost-Konzept bildet das Kernstück der keynesianischen Einkommenspolitik.

4 Ein ausgeglichener Staatshaushalt stellt die Grundlage des fiskalischen Konservatismus dar.

unter Johnson in Kraft getretene Steuersenkungen, realisiert.

Aus sicherheitspolitischen Gründen und zur Absicherung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts verabschiedete der US-Kongreß 1948 die **Marshallplanhilfe** für die politischen Verbündeten der USA in Europa. Die Hilfe umfaßte Sachlieferungen wie z.B. Waren, Dienstleistungen, technische Hilfe, dann v.a. Geschenke von Lebensmitteln und Rohstoffen, sowie Kredite. Sie belief sich für Westeuropa im Zeitraum 1948-1952 auf etwa 13 Mrd. US-\$. Die BR-Deutschland und West-Berlin erhielten bis Ende 1957 insgesamt 1,7 Mrd. US-\$.

Spätestens Ende der 50er Jahre/Anfang der 60er Jahre hatte der ökonomische Aufholprozeß in Europa und Japan große Fortschritte gegenüber der US-Wirtschaft gemacht, und diese Länder waren nicht nur fähig geworden, die benötigten Devisen durch ihren Export zu erwirtschaften, sondern erzielten sogar Exportüberschüsse und wurden so zu Überschußländern. Aufgrund ihrer **Einbindung in das Bretton Woods System** (mit dem US-\$ als Leit-, Interventions- und Reservewährung) jedoch bedeuteten Zahlungsbilanzüberschüsse wegen des Zahlungsbilanzausgleichsmechanismus eine Ausdehnung der Geldmenge und somit Inflation, die die stabilitätsbewußten Überschußländer fürchteten und daher vermeiden wollten. Dadurch kam es im Bretton Woods System zu Spannungen zwischen den USA und den Überschußländern. Diese Spannungen wurden von den USA jedoch nicht entschärft, sondern vielmehr verschärft, und zwar durch ihre interventionistischer werdende Außenwirtschaftspolitik. So ergriffen die USA zahlreiche Maßnahmen zum Ausgleich ihres Zahlungsbilanzdefizits. Zur Aktivierung der Kapitalbilanz wurde die 'Operation Twist' durchgeführt, die eine inverse Zinsstruktur beinhaltete (Campagna 1987, S. 284-285). Die kurzfristigen Zinssätze wurden angehoben, um Kapitalexporte zu verhindern und Kapitalimporte anzuregen, und die langfristigen Zinssätze wurden niedrig ge-

halten, um die heimischen Investitionen zu fördern. Zur Aktivierung der Leistungsbilanz wurden teils weniger effektvolle und teils schlagkräftigere Maßnahmen ergriffen. Die weniger effektvollen Maßnahmen beinhalteten eine Bindung der amerikanischen Auslandshilfe an den Kauf von US-Gütern und ein Programm mit dem Namen 'See America Now', das Reisen in die USA zur Aktivierung der Dienstleistungsbilanz fördern sollte. Die zweite Maßnahme war der Trade Expansion Act von 1962. Er erlaubte Zollsenkungen von 50% (oder in Ausnahmefällen mehr) und sollte ähnliche Zugeständnisse seitens der im Jahr 1957 gegründeten EG bewirken und den Marktzugang für die USA sichern (Campagna 1987, S.291-292). **Zusammenfassend** läßt sich sagen, daß in der Zeit: 1945-1968 die Sorge um das interne Gleichgewicht im Mittelpunkt stand und daß Probleme mit dem externen Gleichgewicht erst in den 60-er Jahren auftraten.

b. Die Präsidentschaften von Nixon/Ford/Carter/Reagan und Bush: Die Zeit von 1968 bis 1992.

In den 70er/80er und 90er Jahren wurde die US-Wirtschaft sowohl von internen als auch externen Ungleichgewichten geplagt: Es kam zu Rezessionen in den 70er, 80er und 90er Jahren, Inflation und abnehmendem Wirtschaftswachstum sowie schnell steigenden Defiziten im Bundeshaushalt und in der Handelsbilanz und einem Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit.

Im Jahr 1971 geriet die **US-Handelsbilanz** nach ersten Schwierigkeiten in den Jahren 1968/69 in ihr erstes Defizit (Calleo 1982, S. 56-61). Obschon dieses Handelsbilanzdefizit aus heutiger Sicht mit 2.27 Mrd. US-\$ in laufenden \$ gering ist, führte es am 15. August 1971 zur Aufhebung der Goldkonvertibilität des \$, welche ohne Vorwarnung von Richard Nixon den Mitgliedsländern des Bretton Woods Systems mitgeteilt wurde und als Nixon-Schock in die Geschichte einging. Diesem Schritt

vorausgegangen war das Verlangen der Überschußländer - speziell Frankreichs unter Charles de Gaulle -, ihre Dollareinnahmen in Gold zu tauschen, wodurch die Goldreserven der USA rapide verringert worden waren und die USA unter extremen Druck geraten waren. Neben der Aufhebung der Konvertibilität erhoben die USA einen 10%-igen Zoll auf Importe, nicht nur um ihre Handelsbilanz zu schützen, sondern auch um die Überschußländer zur Anpassung, d.h. zur Wechselkursaufwertung, zu zwingen. Im Smithsonian Agreement vom Dezember 1971 schließlich wurde die Abwertung des \$ vereinbart und zugleich die Goldparität neu festgelegt: der Preis des US-\$ wurde von 35 \$ je Unze Gold auf 38 \$ je Unze Gold angehoben. Die Schwankungsbreite für Wechselkurse wurde von +/- 1% auf +/- 2.25% erweitert, und der 10%-ige Importzoll der USA mußte wieder zurückgenommen werden (Thompson 1984, S. 73-76).

Diese Anpassungen waren aber offensichtlich nicht ausreichend, um das System fester Wechselkurse funktionsfähig zu halten. So wurde im Februar 1973 eine erneute \$-Abwertung erforderlich, und die Goldparität des \$ mußte dieses Mal um ca. 20% angehoben werden. Im US-Handelsgesetz von 1974 und in dem Gipfeltreffen von Rambouillet von 1975 wurde das System flexibler Wechselkurse, das seit 1973 in der Praxis herrschte, akzeptiert und als neues Wechselkurs-System beim IWF-Treffen in Jamaika 1976 bestätigt (Thompson 1984, S. 78-80).

Der reale effektive Wechselkurs des US-\$ wertete sich in den 70er Jahren insgesamt ab, die US-Handelsbilanzdefizite blieben jedoch bestehen bzw. verschärften sich (Ausnahmejahre 1973 und 1975). Es kam zu einer Verzehnfachung der Handelsbilanzdefizite im Vergleich zu 1971.

Die starke Aufwertung des realen effektiven Wechselkurses des US-\$ zwischen 1981 und März 1985 führte erwartungsgemäß zu einer Ausdehnung der US-Handelsbilanzdefizite, die jedoch auch durch die anhaltende Ab-

wertung des realen effektiven Wechselkurses in den Folgejahren bis heute nicht abgebaut werden konnten, sondern sich sogar in den Jahren 1986 und 1987 verschärfte. 1986 betrug das Handelsbilanzdefizit 145.05 Mrd. US-\$, 1987 betrug es 159.49 Mrd. US-\$ (J-Kurven-Effekt⁵). Die **innenwirtschaftliche Makropolitik** wurde nach dem Scheitern der antizyklischen Konjunkturpolitik in den 70er Jahren durch die Denkweise des Monetarismus geprägt. Diskretionäre Wirtschaftspolitik, vor allem aber der fallweise Einsatz der Fiskalpolitik wurde abgelehnt - zugunsten einer langfristig orientierten Geldpolitik. Zielgröße der Geldpolitik war von nun an nicht mehr der Zinssatz, sondern die Geldmenge bzw. unterschiedliche Geldmengenaggregate wie M1, M2 und M3, die nach Ansicht der Monetaristen über die Fisher'sche Verkehrsgleichung die Produktion - zumindest langfristig - beeinflussen. Allerdings machte die Hartnäckigkeit und die Höhe der Inflation der 70er Jahre auch aus monetaristischer Sicht den diskretionären Einsatz der Geldpolitik erforderlich, die restriktiv reagieren mußte und auch restriktiv reagierte⁶.

Auch wenn die monetaristische Politik relativ erfolgreich in der Inflationsbekämpfung war, dadurch daß das Federal Reserve System das Wachstum der Geldmenge begrenzte, herrschte doch zumindest im Wirtschaftsteam

5 Ein J-Kurven-Effekt bedeutet, daß sich die Handelsbilanz nach einer Abwertung zunächst verschlechtert, da der Importwert in inländischer Währung steigt und der Exportwert in inländischer Währung fällt. Ursächlich dafür ist eine gewisse Beharrlichkeit der Import- und Exportmengen. Zum einen vermindern sich die Importmengen kurzfristig wegen bereits geschlossener Verträge kaum, zum anderen benötigt die Ausdehnung der Exportmengen (das Einstellen von Arbeitskräften, der Ausbau der Produktionskapazitäten) Zeit. Erst mittel- bis langfristig - nachdem Import- und Exportmengen sich an die Abwertung angepaßt haben - kommt es zur Verbesserung der Handelsbilanz.

6 Mit dem Amtsantritt von Paul Volcker im Dezember 1979 schlug die US-Geldpolitik einen monetaristischen Kurs ein.

Ronald Reagans die Auffassung vor, daß zur Konjunkturbelebung und Rezessionsbekämpfung eine andere Politik nötig sei.

Zur Bekämpfung der Rezession von 1981-82, die als die schwerste Rezession seit den 30er Jahren gilt, setzte die Reagan-Administration daher auf die Angebotspolitik, die eine Senkung der marginalen Steuersätze (Grenzsteuersätze) und eine Verminderung der Staatsausgaben, also eine Verminderung der Staatsquote beinhaltete. Eine Senkung der Grenzsteuersätze hätte nach der Lafferkurven-Theorie die Anreize, zu arbeiten, zu investieren und zu sparen erhöhen und so zu einem Ansteigen der Steuereinnahmen führen sollen (Goode 1982, S.69-74; Hailstones 1982, S. 115-120). Da es allerdings weder zu vermehrter Investition noch zu vermehrter Ersparnis kam, entstanden unter Ronald Reagan die riesigen Haushaltsdefizite (Goode 1982, S. 94, S. 97-98; Mills 1984, S. 107).

Die US-Haushaltsdefizite überschritten unter Reagan im Jahr 1982 erstmals die 100 Mrd. \$-Grenze und hatten damit 1982 einen Anteil am Bruttoinlandsprodukt von 4,1%. Ihr Maximum erreichten sie mit 6,3% im Jahr 1983. Aufgrund der konjunkturellen Erholung verringerte sich ihr Anteilswert von da an bis auf 2,9% im Jahr 1989. Die rezessive Entwicklung zu Beginn der 90er Jahre führte zu einem Wiederanstieg der Relation: Bundeshaushaltsdefizit zu Bruttoinlandsprodukt auf 4,9% im Jahr 1992 bzw. 5,3% (Schätzwert) im Jahr 1993 (Economic Report of the President 1993, S.438-439). Im Rahmen des Gramm-Rudman-Hollings-Gesetzes wurden allerdings verschiedene Versuche unternommen, den Budgetierungsprozeß zu reformieren und das Haushaltsdefizit mittelfristig abzubauen. Dies sollte durch Defizitobergrenzen und automatisch einsetzende Mittelkürzungen geschehen, falls diese Obergrenzen überschritten würden (Quint/Quint 1991, S. 280-285). Im Jahr 1990 kam es zwischen der Exekutive und dem Kongreß zu einer Haushaltsvereinba-

rung, nach der das Defizit über 5 Jahre hinweg um 482 Milliarden Dollar gekürzt werden sollte (Newsweek: March 1, 1993, S.30).

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß in der Zeit: 1968-1992 die Wirtschaftspolitik viel stärker gefordert war als in der Zeit: 1945-1968. Die interne Stabilisierung wurde sowohl monetaristisch als auch angebotspolitisch versucht. Da aber die Budgetdefizite nicht reduziert wurden, wurden Handelsbilanzdefizite begünstigt, von denen man glaubte, sie am besten mit handelspolitischen Maßnahmen bekämpfen zu können. Und so läßt sich in den USA eine Verschärfung der Handelspolitik beobachten, die parallel zu einer Verschlechterung der makroökonomischen Situation läuft.

3. Entwicklungen und Trends der US-Handelspolitik

a. Unter den Präsidentschaften von Truman, Eisenhower, Kennedy und Johnson war die US-Handelspolitik weitgehend **liberal**, zumindest in der Tendenz.

So wurden in den GATT-Verhandlungsrunden (Genf 1947, Annecy 1949, Torquai 1950/51, Genf 1955/56, Dillon-Runde 1960/61, Kennedy-Runde 1963-67) durch den US-Präsidenten beträchtliche Importzollkürzungen vorgenommen. Wegen der GATT-Grundprinzipien, den Prinzipien: Meistbegünstigung bzw. Nichtdiskriminierung und Reziprozität hatten die Zollsenkungen gleichsam eine Multiplikatorwirkung für die Handelsliberalisierung im tarifären Bereich, die in der Zeit zwischen 1948 und 1968 auch dementsprechend gut voranschritt. Im Jahr 1955 wurden erstmals bislang erzielte Zollsenkungen durch die Anwendung der sog. escape clause und peril point-Bestimmungen⁷ durchlöchert (Thompson 1984, S. 35-36). Diese

⁷ Sektion 201 des Trade Act von 1974 enthält die gesetzlichen Bestimmungen zu "escape clause". Die International Trade Commission (ITC), eine unabhängige, überparteiliche Untersuchungskommission der USA muß prüfen, ob die Berufung auf die "escape clause" berech-

Bestimmungen können immer dann geltend gemacht werden, wenn Importe die heimische Industrie ernsthaft gefährden oder ernsthaft zu gefährden drohen. Weitergehende handelsbeschränkende Maßnahmen wurden im Trade Expansion Act von 1962 unter Kennedy aus Besorgnis über die US-Zahlungsbilanzdefizite ergriffen, die dem Schutz der Importsubstitutionsgüterindustrie und der Marktöffnung für US-Exporte dienen sollten.

b. Mit dem Ende der 60er Jahre wurde die US-Handelspolitik **protektionistischer** (Cline 1982, S. 9-15; Pearson 1989, S. 72-73). Unter Johnson war die Autorisierung des US-Präsidenten, in Verhandlungen zur Handelsliberalisierung Zollsenkungen durchzusetzen, nicht mehr verlängert worden, so daß der US-Kongreß wieder mehr Gewicht in der Handelspolitik bekam. Auch war die ökonomische Situation nicht nur der USA, sondern auch der nicht-ölproduzierenden US-Handelspartner durch Zahlungsbilanzdefizite, den Anstieg der Ölpreise und das gleichzeitige Auftreten von Inflation und Rezession schwieriger geworden. Ende der 60er Jahre waren in den USA bereits einige Importsubstitutionsindustrien, wie beispielsweise: Schuhe, Radios, Fernsehgeräte und Werkzeuge dem ausländischen Wettbewerbsdruck nicht mehr gewachsen gewesen. In den 70er und 80er Jahren gerieten in den USA dann auch die nicht-arbeitsintensiv produzierenden, oligopolistisch organisierten Branchen wie Stahl, Auto- und Schiffsbau unter Druck, ebenso wie die Werkzeugmaschinen- und

tigt ist. Dies ist nur dann der Fall, wenn der Importzuwachs in der durch die Importe gefährdeten Industrie eine "substantielle" Ursache einer entweder bereits eingetretenen ernststen Schädigung oder einer drohenden ernststen Schädigung der inländischen Produzenten des gleichen Produkts darstellt (Holtfrerich 1991, S. 376 und S. 384-387).

Im Rahmen der "peril point"-Bestimmungen wird ein "Schutzzollsatz" festgelegt, dessen Unterschreitung eine Gefährdung der inländischen Importkonkurrenzindustrie bedeutet.

Elektronikindustrie (Baldwin 1990, S. 4-5).

Die Maßnahmen, die die USA als Antwort auf ihren Verlust an Wettbewerbsfähigkeit ergriffen, waren zunehmend nicht-tarifärer Art. Für die Bereiche Textilien, Stahl, Automobile, Maschinenbau und Computerchips handelten die USA bilateral sog. freiwillige Exportbeschränkungen aus. Ca. 10% der US-Importe fallen heutzutage unter die Selbstbeschränkungsabkommen. Ferner griffen die USA auch auf unilaterale Maßnahmen sowohl tarifärer als auch nicht-tarifärer Art zurück, um das Verhalten des "fair trade" in der internationalen Handelspolitik durchzusetzen. Zum einen wurden unter dem Namen "fair trade" vermehrt Maßnahmen gegen Dumping, Exportsubventionierung und Diebstahl geistigen Eigentums vom US-Handelsministerium und der International Trade Commission ermöglicht. Diese Maßnahmen waren durch die US-Handelsgesetzgebung von 1974 und 1988 erleichtert worden (GATT: Trade Policy Review - United States Vol. II, 1992, S.4, 61, 67, 69, 72, 73, 75, 76). Zum zweiten wurde unter dem Namen "fair trade" auch das Instrument 301 der US-Handelsgesetzgebung von 1974, das gegen unfaire Handelspraktiken ausländischer Regierungen vorgeht, durch die Handelsgesetzgebung von 1984 und 1988 verschärft. Als unfair gelten insbesondere Praktiken wie die Beschränkung des Marktzugangs, die Verletzung von international anerkannten Arbeitnehmerrechten, das Betreiben von Export Targeting oder auch die Verletzung des Schutzes geistigen Eigentums (GATT: Trade Policy Review - United States Vol.II 1992, S.4, 62, 63, 65, 66, 67, 69, 72, 73, 75, 77,). Seit 1988 stellen die USA jährlich Schwarze Listen auf, in denen diejenigen Länder genannt werden, die die US-Exporte am meisten behindern (Super 301) oder US-Urheberrechte am stärksten verletzen (Special 301). Mit der Existenz der Schwarzen Listen war für den US-Handelsbeauftragten (USTR) nach dem US-Handelsgesetz die Verpflichtung verbunden, zeitlich begrenzte Gegen- bzw. Vergeltungsmaßnahmen zu er-

greifen (Holtfrerich 1991, S.398-401). Die Super 301-Regelung, die ebenso wie die Special 301-Regelung auf die Handelsgesetzgebung des Jahres 1988 (Omnibus Trade and Competitiveness Act von 1988) zurückgeht, lief im Gegensatz zur unbefristeten Special 301-Regelung zum 31. Dezember 1990 aus (GATT: Trade Policy Review - United States Vol. I, 1992, S. 122-124). Allerdings plant der US-Kongreß eine Neuauflage des Super 301, wobei zur Zeit geprüft wird, mit welcher anderen Gesetzesvorlage der Neuentwurf zur Super 301-Regelung gekoppelt werden könnte (Inside U.S. Trade -April 30, 1993, S. 3).

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß mit dem Anwachsen der US-Handelsbilanzdefizite von 2,3 Mrd. Dollar 1971 auf durchschnittlich 100 Mrd. Dollar in den 80-er Jahren in der US-Handelspolitik das "fair trade"-Prinzip verstärkt wurde.

4. Einschätzung der Wirtschaftspolitik Bill Clintons

Da die Instrumente des "fair trade" durch die US-Handelsgesetzgebung abgesichert sind und die US-Handelsgesetzgebung maßgeblich vom demokratischen US-Kongreß formuliert und bestimmt wird, ist davon auszugehen, daß auch unter der Präsidentschaft von Bill Clinton die Politik des "fair trade" fortgesetzt wird.

Die Androhung von Vergeltungsmaßnahmen gegenüber der EG (EG-Stahl, EG-Ölsaaten, EG-Verhalten bei öffentlichen Aufträgen betreffend) durch den US-Handelsbeauftragten, Mickey Kantor, scheint diesen Kurs zu bestätigen.

Es bleibt hingegen abzuwarten, inwieweit sich die US-Handelspolitik unter Bill Clinton verstärkt zu einer Politik des "managed trade", einer Politik der staatlich gelenkten Handelspolitik, hin entwickeln wird.

Für eine Politik des "managed trade" spricht, daß die neue Vorsitzende des Council of Economic Advisers, Laura D'Andrea Tyson, eine Verfechterin der Industrie-

politik und der Strategischen Handelspolitik ist (Vgl. a. Inside U.S. Trade: March 26, 1993, S. 8-9). Kernstück dieser Politik ist eine aktive Gestaltung der Wettbewerbsvorteile mit Unterstützung der Regierung. Dazu zählen: die Schaffung von Monopol- und Oligopolstellungen in Schlüsselindustrien⁸.

Ob aber nun die US-Handelspolitik unter Clinton stärker durch staatliche Intervention als unter seinem Vorgänger Bush geprägt sein wird, wird nicht nur von Clinton, seinen Beratern und Ministern abhängen, sondern wesentlich vom US-Kongreß und der Durchsetzungsfähigkeit der US-Industrielobby.

Bill Clinton wird sich wie George Bush für **regionale Integration** einsetzen und sich für die Ratifizierung des Freihandelsabkommens mit Kanada und Mexiko, der NAFTA, stark machen, deren Gründung er auch schon als Vorsitzender des Democratic Leadership Council unterstützte. Es ist allerdings wahrscheinlich, daß das NAFTA-Abkommen unter Clinton weitaus mehr Arbeitnehmer- und Umweltschutzbelange widerspiegeln wird und durch entsprechende Klauseln ergänzt werden wird als dies unter Bush der Fall gewesen wäre (Inside U.S. Trade - March 26, 1993, S. 14).

Clintons **Konjunkturpolitik** scheint seit der Ernennung

⁸ Schlüsselindustrien sind dabei solche mit hohem Technologie- und Know-how-Gehalt, von denen große Rückwirkungen auf andere Sektoren ausgehen. Oft erfordert dieser hohe Technologie- und Know-how-Gehalt gewaltige Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen, die sich erst bei hohen Stückzahlen bzw. bei einem genügend großen Absatzmarkt amortisieren (z.B. Flugzeugindustrie, Autoindustrie, Computerindustrie). Ist der Absatzmarkt groß genug, so kommt die Industrie bzw. das Unternehmen in den Genuß von sinkenden Durchschnittskosten bzw. steigenden Skalenerträgen. Sobald eine Industrie im Bereich sinkender Durchschnittskosten produziert, wirkt dies gleichsam als Marktzutrittsbarriere für neue Konkurrenzunternehmen. Daher besitzen Unternehmen, die bereits zu sinkenden Durchschnittskosten produzieren, gleichsam ein natürliches Monopol oder zumindest eine außerordentlich starke Marktstellung.

von Lloyd Bentsen zum Finanzminister, der bisher Vorsitzender des Finanzausschusses im Senat war, und seit der Ernennung von Leon Panetta zum Haushaltsdirektor, der bisher Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Repräsentantenhauses war, keine Politik des "deficit spending" mehr zu werden. Es handelt sich vielmehr um eine Austeritätspolitik⁹ wie sie der Internationale Währungsfonds unter der IWF-Konditionalität kreditsuchenden Ländern mit Stabilitätsproblemen¹⁰ verordnet. Denn sowohl Bentsen als auch Panetta stehen für eine konservative, pragmatische Finanzpolitik. Panetta kämpfte bereits als Chef des Haushaltsausschusses für Steuererhöhungen und fordert erstens eine Steuerreform, die ein progressiveres Steuersystem zum Ziel hat, und zweitens ein langfristiges Programm zum Schuldenabbau. Der Schuldenabbau soll mittels Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen erfolgen. Insgesamt sollen im Zeitraum 1994-98 die Ausgaben um 168 Mrd. \$ sinken und die Steuereinnahmen um 305 Mrd. \$ ansteigen. Das Haushaltsdefizit würde also im Zeitraum von 5 Jahren um 473 Mrd. \$ reduziert. Es würde dann nicht mehr 5,3% oder 5,4% des Bruttosozialprodukts wie 1993 geschätzt, sondern im Jahr 1998 nur noch 2,7% des Bruttosozialprodukts betragen. Allerdings wirken sowohl Steuererhöhungen als auch Ausgabenkürzungen konjunkturdämpfend. Um rezessive Effekte zu verhindern, müßte der Defizitabbau zum einen durch eine Politik des niedrigen Zinses, die in der Verantwortung des Notenbankschefs Alan Greenspan liegt, und zum anderen durch konjunkturbelebende Maßnahmen, die in der Hand der Clinton-Administration liegen, abgedeckt werden.

Die Clinton-Administration will mit einem Konjunkturprogramm von 16 Mrd. \$ zur konjunkturellen Belebung

9 Eine Austeritätspolitik beinhaltet einen Abbau des Haushaltsdefizits und eine antiinflationäre Geldpolitik. Ist der Wechselkurs überbewertet, so erfordert sie zusätzlich eine Abwertung des Wechselkurses.

10 Stabilität im ökonomischen Sinn

beitragen. Die privaten Investitionen sollen mittels Investitionszulagen für kleine und mittlere Unternehmen, Steuergutschriften für Forschungs- und Entwicklungsausgaben und eine 50%-ige Kürzung der "capital gains tax" gefördert werden. Gleichzeitig soll der Verteidigungshaushalt um 200 Mrd. US-\$ in einem Zeitraum von 5 Jahren gekürzt werden.

All diese Maßnahmen sind viel pragmatischer als es noch Clintons Wirtschaftsprogramm vom Frühjahr 1992 vermuten ließ. Das Fortune-Magazin (March 22, 1993, S. 20) lobt Clinton für "talking straight to the American people about the budget deficit and the long-term drag it exerts on U.S. competitiveness and living standards"¹¹.

Dennoch gibt es auch kritische Stimmen zu Clintons Wirtschaftsprogramm. Erstens wird befürchtet, daß der Defizitabbau von 473 Mrd. \$ im Zeitraum 1994-98 nicht ausreicht, um die für die Konjunkturbelebung und das Wachstum notwendigen Zinssenkung auf den Weg zu bringen. Zweitens wird bezweifelt, ob sich die angestrebten Ausgabenkürzungen von 168 Mrd. \$ realisieren lassen, da ein Teil der Ausgabenkürzungen in Höhe von 53.8 Mrd. \$ in den Bereichen "White House" sowie "Federal Pay and Streamlining" durch nicht einfach durchzuführende Effizienzsteigerungen und Rationalisierungsmaßnahmen im öffentlichen Sektor erzielt werden soll. Drittens wird kritisiert, daß der Defizitabbau weniger über Steuererhöhungen als vielmehr über Ausgabenkürzungen hätte herbeigeführt werden sollen, was allerdings schwierig sein dürfte. Viertens wird die Ansicht vertreten, daß der Defizitabbau noch nicht ausreicht, und daß im Grunde auch die Bezieher mittlerer Einkommen Steuer-

¹¹ "His (Clinton's) willingness to face reality - to use conservative economic forecasts and quickly drop his misguided campaign promise to cut middle-class taxes- is laudable" (Fortune: March 22, 1993, S. 20)

erhöhungen hinzunehmen hätten (Fortune: March 22, 1993, S. 23).

Insgesamt aber zeigt die US-Bevölkerung (einschließlich der Politiker) Einsicht in die Notwendigkeit der im Wirtschaftsprogramm Clintons vorgesehenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die durchaus als hart gelten können, und mit Lasten zumindest für bestimmte Teile der Bevölkerung (Gutverdienende, besserverdienende Senioren, Staatsbedienstete, große Unternehmen, Mineralölindustrie¹²) verbunden sind. Laut Umfragen von Februar/März 1993 befürworteten ca. 58% der Bevölkerung das Wirtschaftsprogramm Bill Clintons, das am 17. März 1993 vom Repräsentantenhaus gebilligt worden ist, aber mit großer Wahrscheinlichkeit im Senat noch auf härtere Auseinandersetzungen stoßen wird.

12 Das Newsweek-Magazin (March 1, 1993, S. 32-34) listet zu den wichtigsten in Clintons Wirtschaftsprogramm vom 17. Februar 1993 angekündigten Maßnahmen die Gewinner und Verlierer auf.

Literaturverzeichnis

- Baldwin, R.E. (1990): Recent U.S. Trade Policy at the Multilateral and Bilateral Levels. In: Ernst Fraenkel Vorträge, John F. Kennedy-Institut für Nordamerikastudien der Freien Universität Berlin, S. 1-15
- Calleo, D.P. (1982): The Imperious Economy, Harvard University Press, Cambridge, Massachusetts
- Campagna, A.S. (1987): U.S. National Economic Policy 1917-1985, Praeger, New York
- Cline, W. R. (1982): "Reciprocity": A New Approach to World Trade Policy?. In: Institute for International Economics, 2, September
- Economic Report of the President (January 1993): Transmitted to the Congress January 1993 together with The Annual Report of the Council Of Economic Advisers, United States Government Printing Office, Washington
- Fortune (March 22, 1993)
- GATT (1992): Trade Policy Review - United States - Vol.I+II, Geneva, General Agreement on Tariffs and Trade, April 1992
- Goode, S. (1982): Reaganomics: Reagan's Economic Program, Franklin Watts, New York
- Hailstones, T. I. (1982): A Guide to Supply-Side-Economics, Reston Publishing Company Inc., Reston, Virginia

Holtfrerich, C.-L. (1991): Außenwirtschaft: Strukturen und Regulierungsinstrumente. In: C.-L. Holtfrerich: Wirtschaft USA. Strukturen, Institutionen und Prozesse, R. Oldenbourg Verlag, München

Inside U.S. Trade (March 26, 1993 und April 30, 1993): an exclusive weekly report on major government and industry trade action, Washington D.C.

International Financial Statistics Yearbook (Jahrgang 1979 und 1992), International Monetary Fund (IMF), Washington D.C., 1979 und 1992

Koopmann, G. (1992): Außenwirtschaftspolitik der USA. In: Jahrbuch zur Außenwirtschaftspolitik, Studien zur Politikwissenschaft Abt. C, Untersuchungen zur Außenwirtschaftspolitik Bd.1, Lit Verlag, Münster

Mills, G.B. (1984): The Budget: A Failure of Discipline. In: J.L. Palmer and I.V. Sawhill (Hrsg.): The Reagan Record: An Assessment of America's Changing Domestic Priorities, Ballinger Publishing Company, Cambridge, Massachusetts

Newsweek (March 1, 1993)

Pearson, C. S. (1989): Free Trade, Fair Trade?: the Reagan record, FPI Papers in International Affairs, Washington D.C.

Quint A.; Quint M. (1991): Fiskalpolitik: Bundeshaushalt. In: C.-L. Holtfrerich (Hrsg.): Wirtschaft USA. Strukturen, Institutionen und Prozesse, R. Oldenbourg Verlag, München

Thompson, M. (1984): Trade: U.S. Policy Since 1945,

Congressional Quarterly Inc., Washington D.C.

UNCTAD (1967; 1988): Handbook of International Trade
and Development Statistics. UN: New York, 1967
und 1989

ANHANG: Die wirtschaftliche Entwicklung der U.S.A. seit 1945: Stationen der US-Wirtschaftspolitik (Makro- und Handelspolitik)

FP = Fiskalpolitik
 GP = Geldpolitik
 WK = Wechselkurs(e)

CPI = Konsumentenpreisindex
 WPI = Großhandelspreisindex
 Wipo = Wirtschaftspolitik
 G = Staatsausgaben und T = Steuereinnahmen

Administration	Ereignisse	ökon. Probleme	Makropolitik	Handelspolitik
Harry S. Truman (1945-52) Demokrat Senate dem. R-House dem. Ausnahme: 1947-49	1950 Ausbruch des Koreakrieges	Nachkriegsinflation zw. VI.1946-VIII.1948 Anstieg CPI 31% Anstieg WPI 50% erste Nachkriegsrezession XI.1948-X.1949	Lohn- und Preiskontrollen keine systemat. Anwendg. der keynes. Makropolitik	liberal Förderung der Reintegration der europäischen Volkswirtschaften durch Marshallplan
Dwight D. Eisenhower (1952-60) Republikaner bis 1955: Senate rep. R-House rep. ab 1955: Senate dem. R-House dem.	Korea Krieg 1950-53 Kalter Krieg ab 1950 Sputnik Schock 1957 Gründg. der EG 1957	2 kleinere Rezessionen: 1953-54 1957-58 System fester WK gerät erstmals unter Druck (Zahlungsbilanzdefizite in den USA)	keine syst. Anwendg. der Politik des deficit spending vielmehr Bemühen um ausgeglichenen Staatshaushalt. "Fiscal policy was on a holiday" GP über Steuerung der Zinssätze u. der Bankliquidität	liberal (s.a. Empfehlung der Randall Commission v. 1954) allerdings: die Schutzmaßnahmen unter den "escape clause" und "peril point"-Bestimmungen gewinnen an Bedeutung "trade not aid"
John F. Kennedy (1960-63) Demokrat Senate dem. R-House dem.	Kuba-Krise 1962 Durchsetzung des keynesianischen Gedankenguts Bürgerrechtsbewegung	Rezession V.1960-II.1961 wirtschaftl. Erholung ab II.1961, die bis 1968 andauert	Betonung der FP (antizyklische FP) GP wirkt akkommodierend "operation twist" "guide-post-policy"	liberal (s.a. Trade Expansion Act v. 1962) allerdings Textilbkommen v. 1961/62 und andere Schutzmaßnahmen Maßn. zur Bekämpfung der Zahlungsbilanzdefizite: Kontrolle der Auslandskreditvergabe Verminderung der duty-free Importe von US-Touristen gebundene Auslandshilfe "operation twist"

Administration	Ereignisse	ökon. Probleme	Makropolitik	Handelspolitik
Lyndon B. Johnson (1963-68) Demokrat Senate dem. R-House dem.	Beginn des Vietnamkrieges 1964/65	Boom 1961-68 Preissteigerungen Cost-push inflation internationale Liquidität ist abhängig von US- Wipo (1967: IWF Gipfel in Rio de Janeiro)	expansive FP restriktive GP	noch liberal allerdings wächst protek- tionistischer Druck in der Textil-, Stahl-, Öl- u.. Chemie-Industrie
Richard M. Nixon (1968-74) Republikaner Senate dem. R-House dem.	Vietnamkrieg = Hauptthema 1970: "I am now a Keynesian" 1971: Aufhebung der Goldkonvertibilität des US \$ 1973: Zusammen- bruch des Bretton Woods Systems 1973: US-Rückzug aus Vietnam 1972/74: Watergate	Stagflation Rezessionen: XII.1969-XI.1970 1973-1974 Zinsen erreichen ihr bislang höchstes Niveau Verschärfung der Zahlungsbilanz- defizite durch Handelsbilanz- defizite	FP=kein geeignetes Instrument zur Inflationskontrolle GP wird wichtiger Monetarismus Regeln für Wirtschafts- politik: keine FP, höchstens GP, aber auch diese sollte langfr. orientiert sein VIII.1971: Lohn u. Preiskontrollen, restriktive FP + GP	Handelspolitik wird protektionistischer 10% Importzoll um Zahlungsbilanzdefizite zu verringern
Gerald R. Ford (1974-76) Republikaner Senate dem. R-House dem.	Ölkrise und ihre Auswirkungen	Inflation "WIN=whip inflation now inflation=public enemy No. 1" 1974 11% CPI 1975 9.1% CPI 1976 5.8% CPI Rezession XI.1973-III.1975	restriktive FP + GP	wird protektionistischer US Handelsgesetz v. 1974 Verschärfg. der Schutzmaßnahmen gemäß "escape clause" größerer Spielraum f. Präsidenten f. handels- beschränkende Maßnah- men nach Rückspr. mit Kongreß
Jimmy Carter (1976-80) Demokrat Senate dem. R-House dem.	1979: Sturz des Schahs von Persien 1979: Fall von Somoza in Nicaragua 1979: Invasion der UDSSR in Afghanis- tan Neues Verhältnis zu Lateinamerika: Pana- makanal-Rückgabe und Unterstützung der demokratischen Bewegungen	Stagnation Rezession 1980 Handelsbilanz- defizite	Monetarismus Steuerung der Geldmenge	wird protektionistischer US-Handelsgesetz von 1979 Beschleunigung der Antidumping und Countervailing Duty- Verfahren allerdings: Zollpräferenz für Entwicklungsländer- importe

Administration	Ereignisse	ökon. Probleme	Makropolitik	Handelspolitik
Ronald W. Reagan (1980-88) Republikaner Senate rep./dem. R-House dem.	Hochrüstung "Star Wars" Abrüstungsgespräche Gorbatschow-Ära	1981-82: schlimmste Rezession seit den 30er Jahren Erholung 1983-85 Verminderung der US-Wett- bewerbsfähigk.	Angebotspolitik Verringerung der G Verringerung der T Deregulierung, Geldpolitik, welche diese Ziele unterstützt GP restriktiv u. unab- hängig Anstieg der Haushalts- defizite	wird protektionistischer US-Handelsgesetz von 1984 (Verschärfung der Countervailing Duty- Verfahren) US-Handelsgesetz von 1988 (Verschärfung der 301-Verfahren durch Super 301 und Special 301, welche Druckmittel des "fair trade" sind Freihandelsabkommen mit Israel (1985) Freihandelsabkommen mit Kanada (1989)
George B. Bush (1988-92) Republikaner Senate dem. R-House dem.	Ende des Kalten Kriegs 1989 Auflösung der UdSSR 1991 Golfkrieg "Desert Storm" 1991 Beginn Bürger- krieg Jugoslawien 1992 Intervention Somalia	Fortbestehen der Haushaltsdefizite und der Handels- bilanzdefizite weitere Vermin- derung der US- Wettbewerbsfähig- keit	Abkehr von der Angebotspolitik Reagans "supply side economics has been labelled as 'Voodoo Economics' by Bush"	wird protektionistischer Anwendung des US- Handelsgesetzes von 1988 Freiwillige Selbstbe- schränkungsabkommen Freihandelsabokmmen mit Kanada/Mexiko (NAFTA) "Enterprise for the Americas"-Initiative (Aufbau einer Freihan- delszone, die ganz Nord- und Südamerika umfassen soll)
Bill Clinton (1992-) Demokrat Senate dem. R-House dem.	Hungersnot und Bürgerkrieg in Somalia Intensivierung des Bürgerkriegs in Jugoslawien Militäraktion im nördlichen und süd- lichen Irak	Rezession hohes Haushalts- defizit verminderte US- Wettbewerbs- fähigkeit schlechtes Aus- bildungssystem und schlechte Infrastruktur	Maßnahmen zur Kon- junkturbelebung Steuererleichterungen für die Mittelschicht und für kleine und mittlere Unternehmen Verminderung der "capital gains tax" angestrebt: gradueller Abbau des Haushalts- defizits durch Verminde- rung der Verteidigungs- ausgaben	weiterhin öffentliches Ein- treten für Freihandel- wie übrigens auch zwischen 1968 und 1992 Laura D'Andrea Tyson (Verfechterin von Indus- triepolitik und Strate- gischer Handelspolitik) wird Vorsitzende des Council of Economic Advisers

PUBLICATIONS OF THE JOHN F. KENNEDY-INSTITUTE

MATERIALIEN

1. A BIBLIOGRAPHIC GUIDE TO AFRO-AMERICAN STUDIES (based on the holdings of the John F. Kennedy-Institut Library). Comp. and ed. by Werner Sollors. Berlin 1972. (Out of print)
2. VIOLENCE IN THE UNITED STATES: RIOTS - STRIKES - PROTEST AND SUPPRESSION. A working bibliography for teachers and students. Comp. and ed. by Dirk Hoerder. Berlin 1973. (Out of print).
3. A BIBLIOGRAPHIC GUIDE TO AFRO-AMERICAN STUDIES: SUPPLEMENT ONE (based on the recent acquisitions of the John F. Kennedy-Institut library). Comp. and ed. by Werner Sollors. Berlin 1974. (Out of print).
4. STUDIES ON THE INTERACTION OF SOCIETY AND CULTURE IN AMERICAN PAST AND PRESENT. A bibliography of dissertations. 1938-1973. Comp. and ed. by Dirk Hoerder. Berlin 1974.
5. BIBLIOGRAPHIE AMERIKANISCHER VERÖFFENTLICHUNGEN IN DER DDR BIS 1968. Zsgest. und hrsg. von Christian Freitag, Dagmar Frost, Michael Hoenisch, Werner Sollors. Berlin 1976.
6. A BIBLIOGRAPHIC GUIDE TO WOMEN'S STUDIES I (based on the holdings of the John F. Kennedy-Institut Library). Comp. and ed. by Dagmar Loytved, Hanna-Beate Schöpp-Schilling. Berlin 1976.
7. AMERICAN LABOR HISTORY. Research, teaching and bibliographic aids. Comp. and ed. by Dirk Hoerder. Berlin 1976.
8. A BIBLIOGRAPHIC GUIDE TO WOMEN'S STUDIES II (based on the holdings of the John F. Kennedy-Institut Library). Comp. and ed. by Dagmar Loytved and Hanna-Beate Schöpp-Schilling. Berlin 1976.
9. WORKING PAPERS ON AMERICAN STUDIES IN THE TEACHING OF ENGLISH. Ed. by Winfried Fluck. Berlin 1976.
10. YOUNG MR. LINCOLN. Der Text der Cahiers du Cinema und der Film von John Ford. Ergebnisse und Materialien eines Seminars hrsg. von Winfried Fluck. Berlin 1979. (Out of print).
11. DIRECTORY OF EUROPEAN HISTORIANS OF CANADA AND THE UNITED STATES. Addresses, publications, research in progress. Comp. and ed. by Willi Paul Adams and Wolfgang J. Helbig. Berlin 1979. (Out of print).
12. "ANGLOS ARE WEIRD PEOPLE FOR ME". Interviews with Chicanos and Puerto Ricans with a preface and an introduction by Wolfgang Binder. Berlin 1979.

13. A BIBLIOGRAPHIC GUIDE TO WOMEN'S STUDIES. SUPPLEMENT ONE (based on the holdings of the John F. Kennedy-Institut Library). Comp. and ed. by Dagmar Loytved. Berlin 1980.
14. DIE DEUTSCHSPRACHIGE AUSWANDERUNG IN DIE VEREINIGTEN STAATEN. Berichte über Forschungsstand und Quellenbestände, hrsg. von Willi Paul Adams. Berlin 1980. (Out of print).
15. USA UND DEUTSCHLAND. AMERIKANISCHE KULTURPOLITIK 1942-1949. Bibliographie - Materialien - Dokumente. Hrsg. Michael Hoenisch, Klaus Kämpfe, Karl-Heinz Pütz. Berlin 1980.
16. THE ROLE OF THE UNITED STATES IN THE RECONSTRUCTION OF ITALY AND WEST GERMANY, 1943-1949. Papers presented at a German-Italian Colloquium held at the John F. Kennedy-Institut für Nordamerikastudien Berlin, June 1980. Introduced and ed. by Ekkehart Krippendorff. Summer 1981.
17. PROCEEDINGS OF THE CONFERENCE ON AMERICAN STUDIES RESOURCES IN EUROPE held at the library of the John F. Kennedy-Institut from October 16th-20th, 1980. Ed. by Hans Kolligs and Peter Snow. Berlin 1981.
18. AFRO-AMERICAN STUDIES: A BIBLIOGRAPHY (based on the holdings of the John F. Kennedy-Institut Library). Comp. and ed. by Dagmar Loytved. 2 vols. Berlin 1981.
19. THE MICROFORM HOLDINGS OF THE JOHN F. KENNEDY-INSTITUT LIBRARY. Berlin 1982. (Out of print).
20. BÜRGERINITIATIVEN IN AMERIKANISCHEN GROSSTÄDTEN. Ulrich Andersch, Andreas Falke, Peggy White, Sue Wilcox. Berlin 1982.
21. REAGANISM: DAWN OR DUSK OF AMERICAN CONSERVATISM? Karl Heinz Pütz. Berlin 1984.
22. DER REGIONALE WANDEL IM SÜDEN DER USA. Rudolf Hartmann. Berlin 1985.
23. DIE AMERIKANISCHEN WAHLEN VON 1984 UND DIE DEMOCRATIC NATIONAL CONVENTION: MATERIALIEN UND BEITRÄGE. Hrsg. von Karl Heinz Pütz. Berlin 1985.
24. PAZIFISMUS IN DEN USA. Hrsg. von Ekkehart Krippendorff. 2 Bände. Berlin 1986. (Out of print)
25. DIRECTORY OF EUROPEAN HISTORIANS OF NORTH AMERICA. Addresses, Publications, Research Progress. Rev. ed. Comp. and ed. by Willi Paul Adams and Wolfgang J. Helbich. Berlin 1987.
26. AMERICA SEEN FROM THE OUTSIDE - TOPICS, MODELS, AND ACHIEVEMENTS OF AMERICAN STUDIES IN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY. Proceedings of a Symposium held at the John F. Kennedy-Institut für Nordamerikastudien, December 1-4, 1988. Ed. by Brigitte Georgi-Findlay, Heinz Ickstadt. Berlin 1990.

27. CONTEMPLATING OTHERS: CULTURAL CONTACTS IN RED AND WHITE AMERICA. An Annotated Bibliography on the North American Indian by Robert E. Bieder. Berlin 1990
28. DER AMERIKANISCHE DOKUMENTARFILM. Eine Bibliographie der Sekundärliteratur. Michael Barchet, Mo Beyerle, Maren Schmohl und Eva-Maria Warth. Berlin 1992.
29. MICROFORM COLLECTIONS IN THE LIBRARY OF THE JOHN F. KENNEDY-INSTITUT. FREIE UNIVERSITÄT BERLIN. Compiled and edited by Hans Kolligs. Berlin 1992.

WORKING PAPERS

1. HONECK, Jürgen: "Spekulantentum" und Versorgungskrise in Pennsylvanien zu Zeit des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges. Berlin 1986.
(JFKI, Abt. f. Geschichte)
2. HOLTFRERICH, Carl-Ludwig: U.S. economic (policy) development and world trade during the interwar period compared to the last twenty years. Berlin, 1986.
(JFKI, Abt. f. Wirtschaft)
3. MEDICK-KRAKAU, Monika: Administration und Kongreß in der amerikanischen Außenpolitik der Ära Eisenhower: Die Beispiele Außenhandelspolitik und Allianzpolitik. Berlin 1986.
(JFKI, Abt. f. Politik)
4. SCHERRER, Christoph: The U.S. autoindustry: Can it adapt to global competition? Berlin 1986.
(JFKI, Abt. f. Wirtschaft)
5. GWIAZDA, Adam: American-European relations with the Comecon countries in the 1980's. Berlin 1986.
(JFKI, Abt. f. Wirtschaft)
6. HOLTFRERICH, Carl-Ludwig: The Roosevelts and foreign trade: Foreign economic policies under Theodore and Franklin Roosevelt. Berlin 1986.
(JFKI, Abt. f. Wirtschaft)
7. SCHERRER, Christoph: Mini-Mills - A new growth path for the U.S. steel industry? Berlin 1987.
(JFKI, Abt. f. Wirtschaft)
8. JANKOVIC, Novak: The relevance of post-Keynesian economic theory for socialist economies. Berlin 1987.
(JFKI, Abt. f. Wirtschaft)
9. HOLTFRERICH, Carl-Ludwig und SCHÖTZ, Hans Otto: Vom Weltgläubiger zum Weltschuldner: Erklärungssätze zur historischen Entwicklung und Struktur der internationalen Vermögensposition der USA. Berlin 1987.
(JFKI, Abt. f. Wirtschaft)

23. VON SENGER UND ETTERLIN, Stefan: Emigration and Settlement Patterns of German Communities in North America. Berlin 1990.
(JFKI, Abt. f. Geschichte)
24. ADAMS, Willi Paul: Ethnic Politicians and American Nationalism during the First World War: Four German-born Members of the U.S. House of Representatives. Berlin 1990.
(JFKI, Abt. f. Geschichte)
25. GEHRING, Uwe W., Comp.: The 1988 U.S. Elections. A Collection of State Date. Berlin 1990.
(JFKI, Abt. f. Politik)
26. GOLDBERG, Bettina: "Our Fathers' Faith, our Children's Language". Cultural Change in Milwaukee's German Evangelical Lutheran Parishes of the Missouri Synod, 1850-1930. Berlin 1990.
(JFKI, Abt. f. Geschichte)
27. DANOWSKI, Anne: Die Caribbean Basin Initiative - ein Entwicklungsprogramm? Berlin 1990.
(JFKI, Abt. f. Wirtschaft)
28. FISHER, Philip: The New American Studies. Berlin 1990.
(JFKI, Abt. f. Kultur)
29. ARMSTRONG, Paul B.: Play and Cultural Differences. Berlin 1990.
(JFKI, Abt. f. Kultur)
30. SCHÜLER, Anja: Die "Feminine Mystique" der 1920er Jahre: Zur Berufstätigkeit amerikanischer Frauen zwischen Weltkrieg und Weltwirtschaftskrise. Berlin 1990.
(JFKI, Abt. f. Geschichte)
31. PEPER, Jürgen: Das Zeitalter der heuristischen Epoché. Berlin 1991.
(JFKI, Abt. f. Kultur)
32. FLUCK, Winfried: The Power and Failure of Representation in Harriet Beecher Stowe's Uncle Tom's Cabin. (Inaugural Lecture) Berlin 1991.
(JFKI, Abt. f. Kultur)
33. KRAKAU, Knud: Reflections on the Future of NATO. Berlin 1991.
(JFKI, Abt. f. Geschichte)
34. HOLTFRERICH, Carl-Ludwig: Die USA: Agrarwirtschaft, Industrialisierung, wirtschaftliche Weltmacht. Berlin 1991.
(JFKI, Abt. f. Wirtschaft)
35. ASKOLDOVA, Svetlana: The American Enlightenment and the Problem of Education. Berlin 1991.
(JFKI, Abt. f. Geschichte)

23. VON SENGER UND ETTERLIN, Stefan: Emigration and Settlement Patterns of German Communities in North America. Berlin 1990.
(JFKI, Abt. f. Geschichte)
24. ADAMS, Willi Paul: Ethnic Politicians and American Nationalism during the First World War: Four German-born Members of the U.S. House of Representatives. Berlin 1990.
(JFKI, Abt. f. Geschichte)
25. GEHRING, Uwe W., Comp.: The 1988 U.S. Elections. A Collection of State Data. Berlin 1990.
(JFKI, Abt. f. Politik)
26. GOLDBERG, Bettina: "Our Fathers' Faith, our Children's Language". Cultural Change in Milwaukee's German Evangelical Lutheran Parishes of the Missouri Synod, 1850-1930. Berlin 1990.
(JFKI, Abt. f. Geschichte)
27. DANOWSKI, Anne: Die Caribbean Basin Initiative - ein Entwicklungsprogramm? Berlin 1990.
(JFKI, Abt. f. Wirtschaft)
28. FISHER, Philip: The New American Studies. Berlin 1990.
(JFKI, Abt. f. Kultur)
29. ARMSTRONG, Paul B.: Play and Cultural Differences. Berlin 1990.
(JFKI, Abt. f. Kultur)
30. SCHÜLER, Anja: Die "Feminine Mystique" der 1920er Jahre: Zur Berufstätigkeit amerikanischer Frauen zwischen Weltkrieg und Weltwirtschaftskrise. Berlin 1990.
(JFKI, Abt. f. Geschichte)
31. PEPER, Jürgen: Das Zeitalter der heuristischen Epoché. Berlin 1991.
(JFKI, Abt. f. Kultur)
32. FLUCK, Winfried: The Power and Failure of Representation in Harriet Beecher Stowe's Uncle Tom's Cabin. (Inaugural Lecture) Berlin 1991.
(JFKI, Abt. f. Kultur)
33. KRAKAU, Knud: Reflections on the Future of NATO. Berlin 1991.
(JFKI, Abt. f. Geschichte)
34. HOLTFRERICH, Carl-Ludwig: Die USA: Agrarwirtschaft, Industrialisierung, wirtschaftliche Weltmacht. Berlin 1991.
(JFKI, Abt. f. Wirtschaft)
35. ASKOLDOVA, Svetlana: The American Enlightenment and the Problem of Education. Berlin 1991.
(JFKI, Abt. f. Geschichte)



50. OSTENDORF, Berndt: The Costs of Multiculturalism. Amerika Institut, Ludwig-Maximilians-Universität, München 1992.
(JFKI, Abt. f. Kultur)
51. BERRESSEM, Hanjo: Narrating Postmodern Spaces in Thomas Pynchon's Novel(s). Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen. Aachen 1992.
(JFKI, Abt. f. Literatur)
52. HOLTFRERICH, Carl-Ludwig: Erklärungsansätze zum Rückgang der Sparquote der privaten Haushalte in den USA während der 1980er Jahre. Berlin 1992.
(JFKI, Abt. f. Wirtschaft)
53. SOLLORS, Werner: E Pluribus Unum; or, Matthew Arnold Meets George Orwell in the "Multiculturalism Debate". Harvard University, Department of English, Cambridge, MA, 1992.
(JFKI, Abt. f. Kultur)
54. MISSION, MYTH, RHETORIC, AND POLITICS IN AMERICAN HISTORY. Gustav H. Blanke und Knud Krakau. Berlin 1992.
(JFKI, Abt. f. Geschichte)
55. HIGHAM, John: Multiculturalism in Disarray. Johns Hopkins University, Department of History, Baltimore, MD, 1992.
(JFKI, Abt. f. Geschichte)
56. KEITEL, Evelyne: Das eigene Fremde, das fremde Eigene: Charles Brockden Browns Romane im kulturellen Spannungsfeld zwischen England und Amerika. Berlin 1992.
(JFKI, Abt. f. Literatur)
57. KUPPLER, Lisa: Women's Cultures As Concept In Feminist Theory. Berlin 1993.
(JFKI, Abt. f. Kultur)
58. MITCHELL, Lee Clark: A Man is Being Beaten: Constructing Masculinity in the American Western. Princeton University, 1991.
(JFKI, Abt. f. Kultur)
59. WESTBROOK, Robert B.: Pragmatism Old and New. Department of History, University of Rochester, Rochester, New York, 1992.
(JFKI, Abt. f. Soziologie)
60. ISER, Wolfgang: Von der dementierten zur zerspielten Form des Erzählens. Universität Heidelberg 1991.
(JFKI, Abt. f. Kultur)
61. BUDICK, Emily Miller: The Holocaust and the Construction of Modern American Literary Criticism: The Case of Lionel Trilling. The Hebrew University of Jerusalem, Israel, 1993.
(JFKI, Abt. f. Kultur)

ERNST FRAENKEL VORTRÄGE ZUR AMERIKANISCHEN POLITIK,
WIRTSCHAFT, GESELLSCHAFT UND GESCHICHTE

1. LIPSET, Seymour Martin : Neoconservatism: Myth and Reality.
STEINFELS, Peter, The Short Happy Life of Neoconservatism.
Berlin 1988.
2. SCHNEIDER, William: The political legacy of the Reagan
years. Berlin 1988.
3. NEUSTADT, Richard E.: American Presidential Transitions:
Constitutional Requirements and Policy Risks. -
POLSBY, Nelson W.: The American Election of 1988: Outcome,
Process, and Aftermath. Berlin 1989.
4. BALDWIN, Robert E.: Recent U.S. Trade Policy at the
Multilateral and Bilateral Levels.-
SARGENT, Thomas J.: Interpreting the Reagan Deficits.-
DORNBUSCH, Rüdiger: The Economic Decline of the U.S.?
The Dollar and the Adjustment Options. Berlin 1990.
5. FRANKLIN, John Hope: What Europeans Should Understand About
African-American History.
KERBER, Linda K.: Paradoxes of Women's Citizenship in the
United States. Berlin 1990.
6. COLEMAN, James S.: Parents' Rights in Choice of School. -
SEARS, David O.: Ethnic Conflict and the Politics of Race
in the United States. -
MCCULLOCH, Rachel: The Impact of Foreign Ownership on U.S.
Business. - Berlin 1992.

All publications are available from
the respective section of the

John F. Kennedy-Institut
für Nordamerikastudien
der Freien Universität Berlin
Lansstr. 5 - 9
14195 Berlin
Germany

August 1993